

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit.

Sigrid Beer (GRÜNE): Diese zusätzlichen Dinge sollten Ihnen präsent sein, nämlich das, was Schwarz-Gelb absetzen wollte und was Sie nicht investiert haben, was aber Rot-Grün zusätzlich in die Hand genommen hat.

Herr Optendrenk bietet uns an, die Förderprogramme um 20 % pauschal zu kürzen, und das betrifft zum Beispiel OGS-Plätze. Die Menschen lassen sich von Ihnen aber nicht hinter die Fichte führen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

Erstens wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** des fraktionslosen Abgeordneten Stein **Drucksache 16/4483**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Der Abgeordnete Stein und die Fraktion der Piraten sowie CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Zweitens kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 05. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Drucksache 16/4405, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Wer möchte dem zustimmen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, Piraten und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Somit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 angenommen**.

Drittens stimmen wir ab über den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/4435**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** dieses Antrags an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – **federführend** – sowie an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung zur Mitberatung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Das ist beide Male nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Viertens stimmen wir ab über den **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/4440**. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen damit über den Inhalt des Antrages ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Piraten, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die CDU-

Fraktion. Somit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Antrag der FDP **abgelehnt**.

Wir sind am Ende des Einzelplans 05 und der damit verbundenen Antragsberatung angekommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4406, eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Berger das Wort.

Dr. Stefan Berger (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Beginnen möchte ich mit etwas Positivem: Der Wissenschaftshaushalt 2014 weist mit einem Volumen von fast 8 Milliarden € eine erfreuliche Steigerung auf. Absolut gesehen ist es der höchste Haushaltsansatz, der jemals in Nordrhein-Westfalen im Wissenschaftsbereich erzielt wurde.

(Demonstrativer Beifall von der SPD)

Damit sind die positiven Botschaften aber auch schon beendet.

Pro Kopf und pro Universität gesehen gibt es nämlich einige Anlässe, die befürchten lassen, dass diese einmalig hohe Zahl den anstehenden Herausforderungen nicht gerecht wird.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zunächst einmal muss der Haushalt auch der höchste aller Zeiten sein, da wir angesichts des doppelten Abiturjahrgangs mit 129.000 Erstsemestern und mit weit über 600.000 Studierenden die historische Höchstzahl in Nordrhein-Westfalen feststellen.

Wie auch bei den vergangenen Haushalten geht die Erhöhung besonders auf Bundeszuweisungen zurück, auf rechtliche Verbindlichkeiten und auf Maßnahmen der schwarz-gelben Vorgängerregierung.

Zunächst einmal ist der Hochschulpakt II zu nennen, Frau Ministerin, der mit einer Steigerung von 209 Millionen € zu Buche schlägt. An dieser Stelle wäre es fair, wenn Sie, Frau Schulze, auch Ihre Kolleginnen und Kollegen Wissenschaftsminister der Länder und unseren Bundesministerinnen Frau Schavan und Frau Wanka für die geleistete Solidarität einmal herzlich danken würden.

(Beifall von der CDU)

Das von Schwarz-Gelb initiierte Modernisierungsprogramm wird mit 15 Millionen € gesteigert, das BAföG wächst um 10 Millionen € an, und bei den Länderprogrammen ist eine Steigerung von 44 Mil-

lionen € festzustellen. Alle diese Punkte sind nicht Ihre eigenen Leistungen, sondern lediglich Reaktionen auf eingetretene Entwicklungen.

Die Klagen der Hochschulen zeigen doch, dass die dringend notwendige Hilfe ausbleibt.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Die Hochschulkanzler klagen, dass die Bewirtschaftungsmittel der Hochschulen nicht ausreichen, um zum Beispiel die Energiekosten, die momentan über die Maßen steigen, zu decken, und dass diese aus anderen Töpfen kompensiert werden müssen.

(Dietmar Bell [SPD]: Das steht im Nachtragshaushalt! Das können Sie dort nachlesen!)

Die Studierenden beklagen, dass die Hörsäle zu voll sind, Seminarplätze fehlen und vor allem in Ballungszentren dringend benötigter Wohnraum fehlt – und das, Frau Schulze, obwohl Sie seit dreieinhalb Jahren Wissenschaftsministerin sind. An dieser Stelle haben Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

Es rächt sich auch, dass Rot-Grün auf Studienbeiträge verzichtet.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Dr. Berger, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mostofizadeh zulassen?

Dr. Stefan Berger (CDU): Ja, bitte.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Berger, ich danke sehr herzlich, dass Sie die Frage zulassen. Weil Sie nun damit begonnen haben, die Mehrwünsche aufzulisten, würde mich interessieren, wo Sie oder die CDU-Fraktion die Kürzungen von pauschal 20 % in den Förderprogrammen im Einzelplan 06 erwirtschaften wollen. Die 250 Millionen € aus Studiengebühren haben Sie schon zusätzlich angesetzt. Also verbleiben noch die Studentenwerke mit 62,4 Millionen €, 46,5 Millionen € für die Fachhochschulen, 35 Millionen € für Lehre und Forschung und noch 25 Millionen für den Zukunfts- und Qualitätspakt. Könnten Sie mir darüber eine Auskunft geben?

Dr. Stefan Berger (CDU): Zunächst einmal, Herr Mostofizadeh: Ich bin hierhin gekommen, um mich mit Ihnen intellektuell zu duellieren. Aber ich sehe, Sie kommen unbewaffnet.

(Beifall von der CDU)

Denn Sie müssen erst einmal sehen, dass es im allerersten Schritt darauf ankommt, nicht die Universitäten alleine zu lassen, sondern auch, ihnen Möglichkeiten zu geben, zum Beispiel Beiträge erheben zu können.

Wir wollen – das ist der Punkt und dabei bin ich gerade und das ist auch der Vorwurf – Studienbeiträge erheben. Wenn man sie erheben würde, wären in den vergangenen vier Jahren 1,2 Milliarden € zusätzlich an die nordrhein-westfälischen Universitäten geflossen. Sie ersetzen lediglich in vier Jahren eine Milliarde. Sie enthalten den Universitäten damit über 200 Millionen in vier Jahren vor.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Außerdem hätten Sie die Gesamtverschuldung des Landes um eine Milliarde gesenkt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

An dieser Stelle begehen Sie einen Riesenfehler. Allein das zeigt schon den Webfehler in Ihrer Gedankenwelt.

Bis jetzt ist also außer der Flucht in neue Verschuldung kein eigener Schwerpunkt von Ministerin Schulze erkennbar geworden. Alle bisherigen positiven Entwicklungsstränge der nordrhein-westfälischen Wissenschaftslandschaft gehen auf die CDU-geführte Landesregierung zurück,

(Lachen von der SPD)

wie das Hochschulmodernisierungsprogramm, das FH-Ausbauprogramm und auch – darauf komme ich gleich noch einmal kurz – das aktuelle Hochschulgesetz.

Die eigenen Ansätze von Frau Schulze sind lediglich die Betonung des Gender-Themas und des Diversity-Themas und die Einrichtung der sogenannten Initiative „Fortschritt NRW“.

Aber gerade bei „Fortschritt NRW“ tut sich eine Menge Fragen auf. Eine substanzielle Veränderung der Forschungs- und Innovationslandschaft durch „Fortschritt NRW“ lässt sich nicht erkennen. Im Gegenteil, in der Forschungslandschaft herrscht der Verdacht, dass hier lediglich eine Bühne für Ministerinnen und Minister der Landesregierung geschaffen werden soll, die mangels Geld Urkunden verteilen wollen und Reden halten wollen.

Für die Entwicklung einer innovatorischen Gesellschaft ist es aber von erheblicher Bedeutung, in welcher Verfassung sich die Träger der Innovationen befinden.

Rot-Grün und an der Spitze Sie, Frau Ministerin Schulze, planen nun einen schädlichen Umbau des Hochschulsystems mit dem sogenannten Hochschulzukunftsgesetz oder – besser gesagt – dem Hochschulentmündigungsgesetz.

Bisher waren die nordrhein-westfälischen Hochschulen frei in ihren Entscheidungen. Sie konnten frei über ihre innere Ausrichtung entscheiden. Sie konnten frei darüber entscheiden, was und worüber geforscht wird. Eine moderne und offene Gesellschaft muss auch diese Freiheit akzeptieren kön-

nen. Sie muss auch ertragen können, dass Universitäten etwas frei entscheiden wollen.

Rot-Grün, Sie, wollen diese Freiheit offensichtlich nicht akzeptieren. Sie wollen wieder vorschreiben, was geforscht wird und worüber geforscht wird.

(Zuruf von der SPD: Quatsch! Grober Unsinn!)

Dazu erfinden Sie jetzt ein System der perfiden Planwirtschaft. Zunächst einmal soll jetzt hier in Düsseldorf ein politisch motivierter Landeshochschulentwicklungsplan erstellt werden. Allein schon der Ausdruck: „Landeshochschulentwicklungsplan erstellt werden“!

(Zuruf von der SPD)

Diesem Landeshochschulentwicklungsplan müssen dann unsere Hochschulen mit einem eigenen Hochschulplan folgen. Sollte sich die Hochschule weigern, ihren eigenen Hochschulplan diesem Landeshochschulentwicklungsplan anzupassen, dann soll der Plan der einzelnen Hochschule vom Ministerium festgeschrieben werden.

Die Zukunft der nordrhein-westfälischen Hochschulpolitik wird dann also wie folgt aussehen: Frau Schulze, Frau Seidl und Herr Schultheis stecken die Köpfe zusammen, und anschließend wird der Landeshochschulentwicklungsplan aufgestellt, dem dann alle Universitäten folgen müssen.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das wäre ein schönes Foto! – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Aber dass Sie drei nicht die Mehrheit Nordrhein-Westfalens repräsentieren, das dürfte ja offensichtlich sein. Es ist doch auch völlig klar, dass ein Landeshochschulentwicklungsplan weder die gesellschaftlichen noch die wissenschaftlichen Notwendigkeiten eines solchen Landes wie Nordrhein-Westfalen auch nur annähernd erfassen kann und repräsentieren kann.

(Nadja Lüders [SPD]: Deswegen lässt man es ganz, oder wie?)

Historisch hat sich gezeigt: Pläne werden einer Gesellschaft nie gerecht. Das zeigt auch die Historie der DDR.

(Zurufe von der SPD und den PIRATEN: Oh!)

– Ja. – Von daher fordern wir Sie auf, Frau Schulze: Nehmen Sie Abstand vom Modell der planwirtschaftlichen Wissenschaftspolitik! Nehmen Sie Abstand von Professor Staat!

(Beifall von der CDU)

Die CDU steht auch nicht alleine mit ihrer Meinung da.

(Dietmar Bell [SPD]: Das hat noch nicht einmal Schülerunionsniveau!)

Ich könnte jetzt eine Fülle von offenen Briefen von Landesrektorenkonferenzen, von vielen Akteuren der Wissenschaftslandschaft zitieren, die alle gemeinsam zu dem Ergebnis kommen, dass einmal die nordrhein-westfälischen Universitäten in ihrer Möglichkeit, sich national und international zu positionieren, eingeschränkt werden und dass es überhaupt keinen Grund gibt, ein erfolgreiches System, das wir bisher haben, zu verändern.

Letztlich, Frau Ministerin Schulze, fordern wir Sie auf: Ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf, Ihren Referentenentwurf, zurück! Noch haben Sie die Wahl, ob Sie in den wissenschaftlichen Geschichtsbüchern als diejenige Person beschrieben werden wollen, die für die größte historische Degeneration der Wissenschaftselite Nordrhein-Westfalens verantwortlich ist,

(Beifall von Walter Kern [CDU] – Minister Guntram Schneider: Mein lieber Mann!)

oder ob Sie das nicht wollen.

Sie wollen am Ende bestimmen, was getan wird. Sie wollen ein ganzes System in die Knie zwingen. Sie wollen nicht mehr wissenschaftliche Leistung belohnen, sondern politische Einstellungen.

(Minister Guntram Schneider: Mein lieber Scholli!)

Das ist der falsche Weg für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Das hat auch nichts mit Geld zu tun, nichts mit dem Haushalt. Sie legen ein System in Fesseln, das viel zu schade dafür ist, das zu tun. Deswegen fordern wir Sie auf: Rücken Sie ab von Ihren Plänen!

Ansonsten freue ich mich auf die weiteren Beratungen.

(Zuruf von der SPD: Aber nicht mit Ihnen!)

Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Dr. Berger. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Berger, man weiß eigentlich gar nicht, wo man anfangen soll,

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das ist sein Trick!)

wenn man Ihren intellektuell hochkarätigen Vortrag hier bewerten soll. Ich komme auch ohne Waffen. Das ist in diesem Hause so üblich. Es ist einfach ... Mir fehlen die Worte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist einfach unsäglich, was Sie hier vortragen. Man könnte schon fast meinen, die SPD hätte Sie bestellt, damit Sie hier auftreten, weil das zu unseren Gunsten ist. Wir kaufen aber keine fremden Kräfte ein, die dann unsere Position stärken.

Lassen Sie mich mit dem Positiven beginnen, was Sie auch gesagt haben. In der Tat ist es ein Rekordhaushalt. 7,9 Milliarden € werden für Wissenschaft und Forschung bereitgestellt. Das sind 6,5 % mehr als im vergangenen Jahr. Die Hochschulen selbst werden 7,6 % mehr Haushaltsmittel erhalten. Das sind Steigerungsraten, die es nicht nur in diesem Jahr gibt, sondern die auch in den vergangenen Jahren zur Verfügung gestanden haben.

Nun komme ich zu Ihrer Leier und damit den zwei Punkten, die Sie in jeder Haushaltsberatung vortragen, Herr Dr. Berger. Zum einen sind das die Studiengebühren, diese 249 Millionen €. Eben haben Sie versucht, diese mit den 1,2 Milliarden € hochzurechnen. Sie müssen dabei berücksichtigen, dass der Wissenschaftshaushalt seit 2010 nicht um 1,2 Milliarden €, sondern um 2,1 Milliarden € angestiegen ist. Daher wären Sie mit den Haushaltsmitteln, die Sie über Studiengebühren hier einbringen wollten, nicht ausgekommen.

Ich erinnere Sie auch daran – ich habe ein gutes Gedächtnis, Herr Dr. Berger –, dass die Hochschulen zu Zeiten von Herrn Prof. Pinkwart ein Schriftstück unterschrieben haben, in dem stand, dass sie, wenn es bei den Studiengebühren bliebe, mit der sonstigen Finanzausstattung zufrieden wären. – Insofern würden Sie den Hochschulen weniger Geld zur Verfügung stellen, als das die jetzige Landesregierung bzw. schlussendlich der Landtag tun wird.

Was die Studiengebühren angeht, sollten Sie also wirklich einmal ein neues Argument auffahren. Die Studiengebühren sind weg. Sie sind bundesweit weg. Es will sie auch keiner mehr einführen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich habe auch jetzt bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin zwischen Ihrer Partei und meiner Partei nichts davon gehört, dass irgendjemand auf solche Ideen von gestern zurückkommen will.

Man muss auch dazusagen – viele hier im Raum wissen das ja nicht –, dass Sie den Antrag gestellt haben, diese 249 Millionen € zu kürzen. Da müssen Sie aber – Sie haben ja von Intellektualität gesprochen – doch zumindest in einem logischen Zusammenhang bleiben. Sie sagen, wir würden zu wenig Geld zur Verfügung stellen. Gleichzeitig wollen Sie das, was jetzt schon an Finanzmasse da ist, auch noch wegnehmen. Was Sie hier fordern und vortragen, ist also einfach nicht logisch.

Der zweite Punkt, mit dem Sie angreifen wollen, ist die Kürzung der Forschungsmittel. Hier kommt dann ein allgemeines Gebrabbel. Im Ausschuss geht es

immer darum, was der Begriff „Nachhaltigkeit“ bedeuten soll. Lesen Sie einmal den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD! Darin kommt der Begriff Nachhaltigkeit insbesondere im Kontext des Wissenschaftssystems und der Hochschulen vor – auch in Verbindung mit einer gewissen Vorgabe, dass gerade die Forschung ihren Beitrag dazu leisten soll, unsere Gesellschaft nach vorne zu bewegen. Dafür werden auch Mittel bereitgestellt. Auch an diese Haushaltsmittel wollen Sie herangehen. Das ist Ihr Kürzungsantrag.

Sie kritisieren, dass hier das Programm „Fortschritt NRW“ auf den Weg gebracht wird, das zum ersten Mal wirklich deutlich macht, dass es auch einen interdisziplinären Zusammenhang zwischen der Arbeit der einzelnen Häuser, insbesondere des Wirtschaftsministeriums und des Wissenschaftsministeriums, gibt, meine Damen und Herren.

Wir bleiben dabei: Wir wollen auch in Zukunft den Hochschulen Haushaltsmittel für längere Planungszeiträume zur Verfügung stellen. Die derzeit gültige Hochschulvereinbarung läuft noch bis 2015. Danach wird auf der Basis des Hochschulzukunftsgesetzes, das wir dann beschlossen haben werden, im Rahmen eines Hochschulvertrages eine nicht nur einjährige, sondern sich auch über mehrere Jahre erstreckende Finanzierung der Hochschulen möglich sein.

Es wundert mich ein bisschen – Sie haben das hier aufgegriffen –, dass aus den Hochschulrektorenkonferenzen zum einen vermittelt wird: „Wir haben keine Zeit, den Referentenentwurf des Hochschulzukunftsgesetzes zu lesen; uns wird zu wenig Zeit gegeben, um uns hier zu äußern“, aber gleichzeitig erfolgt schon die Bewertung. Das ist ein bisschen wenig.

Manche derjenigen, die hier Kritik äußern, sollten sich auch in andere Richtungen unserer Republik bewegen und einmal schauen, wie denn die Rahmenbedingungen für Hochschulpolitik und Wissenschaftspolitik beispielsweise im Freistaat Bayern aussehen. Die Hochschulen in Bayern kommen wirklich zu guten Ergebnissen, obwohl sich dort die Hochschulgesetzgebung, die Sie hier kritisieren, noch auf einem ganz anderen Pfad bewegt als in Nordrhein-Westfalen. In Bayern erfolgt eine wesentlich stärkere Einmischung des Staates in die Autonomie, die wir in NRW in besonderer Weise entwickelt haben, und zwar nicht erst seit Schwarz-Gelb, nicht erst seit Herrn Minister Pinkwart.

Was den Wohnraum angeht, ist es in der Tat so, dass der doppelte Abiturjahrgang eine Riesenherausforderung ist. Frau Ministerin, es ist den Hochschulen, aber auch Ihnen persönlich und Ihrem Hause dafür zu danken, dass diese wirklich schwierige Aufgabe so gemeistert worden ist, wie sie gemeistert worden ist. Trotz mancher Engpässe, die es in der Tat gibt, ist es doch gelungen, allen Studierenden Studienplätze zur Verfügung zu stellen.

Was den Wohnraum angeht, Herr Dr. Berger, muss man Ihre Kritik sicherlich auch in Richtung Schwarz-Gelb zurückgeben. Sie haben die Förderung der Studentenwerke in den Jahren Ihrer Regierungszeit reduziert. Sie haben die Förderung des studentischen Wohnraums zurückgefahren. Sie haben in der Wohnraumförderung insgesamt Einsparungen vorgenommen und auch strukturelle Veränderungen umgesetzt, die jetzt zu den Ergebnissen führen, mit denen nicht nur Studierende, sondern auch Zielgruppen, die mit Studierenden konkurrieren, gerade in den Städten und Ballungsräumen zu kämpfen haben: zu hohen Mieten und zu wenig Wohnraum. Ich hoffe, dass hier auch Abhilfe geschaffen wird, falls es zu einer Koalition zwischen CDU, CSU und SPD kommt. Dann müssten Sie sich mit Ihrer eigenen Partei und Fraktion auseinandersetzen.

(Minister Guntram Schneider: Dann muss der Laschet spuren!)

Ich sehe da Möglichkeiten und hoffe, dass sie im Interesse der Menschen, im Interesse der Studierenden realisiert werden.

Das große Engagement des Landes – ich habe es eingangs gesagt – ist gerade vor dem Hintergrund der Diskussion über die Schuldenbremse, den Schuldenabbau eine große Herausforderung. Ich muss sagen: Mit diesem Haushaltsentwurf haben wir sie gemeistert. Es sind bei Weitem nicht alle Bundesleistungen, sondern die Hochschulpakete, die Exzellenzinitiative usw. werden immer hälftig vom Bund und von den Ländern finanziert. Die verfassungsmäßige Aufgabenteilung – ich habe Ihnen das schon bei anderer Gelegenheit gesagt – ist so angelegt, dass auch die Finanzeinnahmen aus Steuern zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt werden, sodass das Land Nordrhein-Westfalen an der Wertschöpfung, die die Steuereinnahmen möglich macht, beteiligt ist.

Noch einmal: Kommen Sie zurück auf den Teppich und überlegen sich neue Argumente. Eigentlich sind es keine. Kommen Sie weg von den Studiengebühren und beschädigen nicht die Forschungslandschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Als kleine Anmerkung: „Fortschritt NRW“ ist ein guter Weg, themenbezogen, was die gesellschaftliche Relevanz angeht, gute Fortschritte für NRW zu erzielen.

Es gibt noch einen Antrag bezogen auf die Hochschule für Musik und Tanz, den wir jetzt nicht bedienen können. Ich sage Ihnen: Wir haben uns in der Vergangenheit um den Tanz gekümmert und werden das auch in der Zukunft tun und hier Lösungen und Hilfe finden.

Meine Damen und Herren, folgen Sie den Beschlussempfehlungen des Fachausschusses und

des Haushalts- und Finanzausschusses. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Freimuth.

(**Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg**)

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist unbestritten, dass der Haushaltsentwurf für den Einzelplan 06, Innovation, Wissenschaft und Forschung, für das Jahr 2014 eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr erfährt. Das will niemand bestreiten. Unsere Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, die eine hervorragende Arbeit leisten und die Freiheit, die ihnen das Hochschulgesetz gibt, in einer sehr bemerkenswerten Verantwortung lobenswert nutzen, sind es auch allemal wert.

Trotzdem darf man nicht die Augen davor verschließen, dass keine richtigen Begeisterungstürme im Land Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen sind. Das liegt ganz sicher nicht nur an den, wie ich finde, sehr umstrittenen und besser zurückziehenden Plänen für die Rückabwicklung der Hochschulfreiheit. Es gibt andere gute Gründe für die Unzufriedenheit und Kritik an diesem Etatentwurf.

Wenn wir die unzureichenden Kompensationsmittel für die entfallenen Studienbeiträge und die Bundeszuweisungen für den doppelten Abiturjahrgang herausrechnen, dann lässt sich feststellen, dass es trotz Rekordstudierendenzahlen fast keine nennenswerten Haushaltssteigerungen gibt.

Der Etatentwurf weist zwar eine Mittelsteigerung für die Forschungslandschaft in Nordrhein-Westfalen aus. Der Grund dafür ist ganz einfach: Wir sind dazu verpflichtet, weil die Bundeszuschüsse zu unseren Forschungsinstituten steigen und damit auch die Komplementärfinanzierung. Der Impuls ging aber wesentlich von der Bundesregierung aus.

(Karl Schultheis [SPD]: Der Pakt für Forschung ist keine Bundesaktivität!)

Schauen wir auf die Innovationsförderung, dann müssen wir feststellen, dass sie zurückgedreht wird. Sie verabschieden sich von der Verpflichtungsermächtigung und schreiben stattdessen 20 Millionen € für die sogenannte Initiative „Fortschritt NRW“ fest. Hinzu kommt, dass nach wie vor völlig unklar ist, was genau mit den dann nur noch zusätzlichen 10 Millionen € gefördert werden soll. Konkretes – absolute Fehlanzeige!

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Deswegen bleiben wir weiterhin der Auffassung, dass diese Mittel besser und sinnvoller bei der In-

novationsförderung zum Beispiel kleiner und mittlerer Unternehmen aufgehoben wären. Wir alle wissen, dass KMU-Förderimpulse für den Wissenstransfer und für die Erzeugung von Innovationen unerlässlich sind.

(Karl Schultheis [SPD]: Was sollen die konkret machen?)

Kleine und mittlere Unternehmen können aufgrund der geringen Ressourcen weniger Mittel in Forschung und Entwicklung investieren als größere. Deshalb brauchen sie einen verlässlichen und maßgeschneiderten Förderrahmen. Statt die positiven Entwicklungen, die mit dem Innovationspaket in Gang gesetzt worden sind, einfach abzuwürgen, was Sie gerade machen, wäre es für das Industrie- und Innovationsland Nordrhein-Westfalen ganz wesentlich und elementar wichtig, weil wir nach wie vor mit dem Strukturwandel zu kämpfen haben, dass weitere Allianzen zwischen Wissenschaft, Forschung und KMU entstehen; denn dann können viele wertvolle Synergieeffekte neue Arbeitsplätze mit sich bringen und bestehende erhalten. Das scheinen Sie aber nicht zu wollen. Stattdessen ziehen Sie lieber eine inhaltsleere Etikettenpolitik vor.

(Dietmar Bell [SPD]: Quatsch mit Soße!)

Der Haushaltsentwurf dokumentiert auch deutlich Ihren Wortbruch, die Abschaffung der Studienbeiträge umfassend zu kompensieren. Ich mache kein Geheimnis daraus, dass ich die politische Entscheidung, die Studienbeiträge abzuschaffen und so den Universitäten die Möglichkeit zu nehmen, auch mit Beiträgen der Studierenden Qualitätsverbesserungen zu erreichen, für nicht richtig halte.

(Dietmar Bell [SPD]: Deswegen sind Sie abgewählt worden!)

Es war eine Lüge, als Sie damals erzählt haben, Sie würden das kompensieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihr Haushalt belegt klar, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie das nicht machen. Mit dem Vorwurf müssen Sie sich nach wie vor auseinandersetzen.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie hätten den Hochschulen gar kein zusätzliches Geld gegeben!)

In allen Bereichen beschreiben Sie, dass die Studierendenzahlen stetig ansteigen; wir haben jetzt erst wieder die neuen Zahlen bekommen. Auch die Zahl der Studienanfänger steigt, aber die Kompensationsmittel bleiben gedeckelt. Weitere zusätzliche Mittel für die Hochschulen, auch was die Grundfinanzierung angeht, sind das nicht. – Nein, Herr Kollege, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist aber schade!)

Liebe Kolleginnen, meine Damen und Herren, das ist doch der Kernpunkt. Im Semester 2013/2014 müssen 27 von 31 Hochschulen, die im Jahr 2009

Studienbeiträge erhoben hatten, insgesamt mit 22 Millionen € weniger Geld auskommen. Diese Antwort wird jedes Jahr erneut von der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage aktualisiert gegeben.

Diesem Einnahmeverlust von 22 Millionen € pro Jahr stehen den Hochschulen im auslaufenden Semester fast 140.000 mehr Studierende gegenüber.

(Karl Schultheis [SPD]: Die Studiengebühren waren nicht für neue Studienplätze gedacht!)

– Herr Kollege, es waren Beiträge und keine Gebühren. Und sie waren für Qualitätsverbesserungsmaßnahmen gedacht.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Das ist genau der Teil, wo es einfach fehlt. Diese Qualitätsverbesserungen unterbleiben. Das ist auch der Vorwurf, den Sie sich gefallen lassen müssen, weil für die Studierenden weniger Mittel für Qualitätsverbesserungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir können das jetzt durch die einzelnen Hochschulen durchdeklinieren, aber Sie können ja alle lesen und können das in der Antwort auf die Kleine Anfrage jedes Mal nachverfolgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bedingungen an den Hochschulen, zu denen unsere jungen Menschen studieren können, ja müssen, ihre akademische Qualifikation erlangen können, werden durch Ihre Politik erheblich verschlechtert.

(Dietmar Bell [SPD]: Selbst die Universitäten sagen, sie sind gut vorbereitet!)

Das zeigen alle Rückmeldungen aus den Hochschulen. Tutorien werden eingestellt, Bibliotheksöffnungszeiten werden reduziert, Verträge von wissenschaftlichem Personal und Studienfachberatern werden nicht verlängert, Übungsstunden werden gestrichen, und die Kurse müssen von immer mehr Studierenden gleichzeitig besucht werden. Wer so agiert und solche Rahmenbedingungen zu verantworten hat, der sollte bei der Frage der Anerkennung guter Arbeit an Hochschulen ganz sicher nicht den Anspruch erheben, verlässlicher Ansprechpartner zu sein.

Apropos Kodex gute Arbeit: Von dem Desaster der ausbleibenden Gehaltszahlungen für die wissenschaftlichen Hilfskräfte in diesem Jahr will ich lieber gar nicht sprechen. Aber, Herr Kollege, die stagnierenden Grundmittel der Hochschulen eröffnen jedenfalls den Hochschulen keine Handlungsspielräume für Qualitätsverbesserungen, auch für die Beschäftigten. Das zeigt auch der aktuelle Bericht des Gutachterdienstes zur Stellenentwicklung an den Hochschulen.

Wir verzeichnen wegen des doppelten Abiturjahrgangs 7,8 % mehr Studienanfänger. Die Stellenentwicklung an den Hochschulen ist aber rückläufig. Diese bedenkliche Entwicklung haben wir nicht, weil sich die Hochschulen weigern, neues Personal einzustellen. Nein, es gibt schlichtweg keine verlässlichen Spielräume. Denn die allermeisten Mittel, die den Hochschulen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden – etwa Hochschulpaktmittel –, fließen nur temporär.

In der Diskussion darüber, wie wir eine verlässliche Situation mit auskömmlichen Grundmitteln bekommen, haben Sie in der Vergangenheit immer eine Beteiligung des Bundes gefordert. An dieser Stelle will ich, auch wenn es wehtut, noch einmal darauf hinweisen, dass wir eine solche Öffnung für die Bund-Länder-Kooperation längst hätten, wenn Sie, die SPD-geführten Länder, im Bundesrat diese nicht blockiert hätten. Sie haben es mit anderen Bereichen verknüpfen wollen, zum Beispiel Kooperation im Bereich Schule. – Heute können wir alle über Agentur lesen, dass der Koalitionsvertrag, den Sie als Sozialdemokraten möglicherweise auch querschreiben, eine solche Regelung nicht vorsieht.

Spätestens jetzt müssten wir uns doch ernsthaft einmal darüber unterhalten, wie der Bund und die Länder gemeinsam etwas erreichen können. Ich würde mich freuen, wenn Sie endlich Ihre ideologiebelegte Blockade-Haltung aufgäben und wir zu einer pragmatischen Lösung, zu einer verlässlichen Ausfinanzierung der Grundmittel unserer Hochschulen kämen.

Der Haushaltsentwurf für den Einzelplan 06 ist aus den vorgenannten Gründen für die FDP-Fraktion nicht zustimmungsfähig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Freimuth, Herr Berger, wenn wir die Bundesmittel aus dem Hochschuletat herausrechnen, der zurzeit 8 Milliarden € beträgt, dann steigt der Etat noch immer um rund 380 Millionen €. Das ist eine Steigerung um 5 %. Das war Ihre erste Falschaussage.

Die zweite Falschaussage ist – das sagen Sie jedes Jahr –, dass wir den Topf der Qualitätssicherungsmittel angeblich nicht groß genug machen. Das zusätzliche Geld, also diese enormen Mittel, die jetzt in die Hochschulen fließen – davon sind 60 % für die Lehre und Studium vorgesehen –, sind um das 35-Fache höher als die Mittel, die in diesem QVM-Topf sind. Von daher haben die Hochschulen mehr

Geld zur Verfügung als vorher für die Qualitätssteigerung von Studium und Lehre.

Die Haushaltsanträge der CDU, Herr Berger, und Ihre Einlassung, Frau Freimuth, machen deutlich, in welchem desolaten Zustand sich die Opposition hier im Landtag befindet. Es gibt keine klugen Konzepte, es gibt keine echten Gestaltungsalternativen und erst recht keine tragfähigen Gegenfinanzierungsvorschläge. – Nichts außer Gemopper an dieser Stelle!

Ich finde es fast ein wenig enttäuschend, dass Sie uns heute auch keine Haushaltsvorschläge vorlegen, die man hier ernsthaft diskutieren könnte. Ich will das gerne erläutern, Herr Berger. Es ist doch vollkommen anachronistisch, wenn man sich die bundesweite Entwicklung und die in Nordrhein-Westfalen ansieht, die Studiengebühren wieder heraufzubeschwören. Das haben Sie im letzten Jahr auch schon getan. Wo ist denn Ihr Antrag dazu? Es nimmt Ihnen doch niemand ab, dass Sie sich damit im kommenden Landtagswahlkampf profilieren wollen. Wenn Sie diesen Vorschlag zur Gegenfinanzierung Ihrer Haushaltsforderungen erst meinen, dann bringen Sie doch bitte einen entsprechenden Gesetzentwurf ein. Wo bleibt er denn?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Dietmar Bell [SPD]: Trauen Sie sich!)

Ihr Kürzungsantrag über 250 Millionen € bei den Qualitätsverbesserungsmitteln bleibt ansonsten eine reine Luftbuchung, die nicht seriös ist. Und für sich genommen würde dadurch auch das Budget der Hochschulen für die Lehre enorm eingeschränkt.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist doch Blödsinn!)

Sie fordern weiterhin die schrittweise Kürzung – es wurde eben schon danach gefragt – von Landesförderprogrammen und landesgesetzlichen Leistungen um 20 %. Das tun Sie ganz pauschal bei diesem Haushalt.

Da kann man nur raten, wo Sie hier den Rotstift ansetzen wollen. Wollen Sie, Herr Berger, wie Sie das schon einmal gemacht haben, die Mittel für die Studentenwerke kürzen? Das hieße dann weniger Beratungspersonal und weniger Mensen. Das haben Sie ja schon einmal gefordert. Oder wollen Sie vielleicht die Budgets der Hochschulen kürzen, wie die CDU das in Hessen und Sachsen-Anhalt gemacht hat? Oder wollen Sie wie im vergangenen Jahr – da waren Ihre Vorschläge deutlicher – die Mittel für die Frauenförderung und Genderforschung kürzen?

Bitte schön, dann rücken Sie doch einmal ganz konkret mit Ihren Maßnahmen heraus.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Man fragt sich auch, was der von Ihnen vorgetragene Verzicht – das haben beide Redner angespro-

chen – auf die geplante Novellierung des Hochschulfreiheitsgesetzes in dieser Haushaltsdebatte zu suchen hat, Herr Berger. Der vermeintliche Abbau von Hochschulfreiheit, den Sie uns unterstellen – ich zitiere Sie –, unterminiere die Innovationskraft Nordrhein-Westfalens. Hier bleibt die Antwort auf der Strecke, wie viel in diesem Landeshaushalt eingespart würde, wenn das Hochschulzukunftsgesetz nicht umgesetzt würde. Das ist doch vollkommen lächerlich, Herr Berger.

Der Gesamtetat im Wissenschaftsbereich wächst in diesem Jahr auf fast 8 Milliarden €. Davon erhalten die Hochschulen über 4,8 Milliarden €, die Innovationsförderung in Höhe von knapp 730 Millionen € noch nicht eingerechnet. Über 1 Milliarde € für die Medizin kommt noch hinzu. Wer jetzt meint, hieraus erwachse auch keine größere Herausforderung für das Land und für die Hochschulen, der nimmt seine politische Verantwortung in diesem Parlament nicht ernst. Genau das erwarte ich aber von Ihnen.

Mit der wachsenden Studierendennachfrage und auch der Unterschiedlichkeit der Studierenden wächst die Verantwortung der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft. Mit einem solch riesigen Etat wächst die Pflicht einer stärkeren Transparenz gegenüber dem Parlament als Haushaltsgesetzgeber und gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern sowieso.

Wer, wenn nicht die Hochschulen, sollten bei der Frage nach moderner demokratischer Mitbestimmung an der Spitze der Bewegung stehen?

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Nicht die Hochschulen!)

Es geht doch nicht um ein Zurück zur Detailsteuerung, wie Sie uns das immer vorwerfen, sondern es geht darum, strategische Ziele zu formulieren und in der Umsetzung Raum zu lassen für hochschulindividuelle Lösungen.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Darum geht es.

Wenn Sie hier von einer Einschränkung der Autonomie sprechen, dann ist dies nichts anderes als dummes und fast schon böswilliges oppositionelles Getöse.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Ich komme zu einem weiteren Haushaltsantrag, in dem Sie den Wunsch aus der Region OWL aufgegriffen haben, eine eigene medizinische Fakultät in Bielefeld zu etablieren. Das haben wir in den Ausschüssen auch schon rauf und runter diskutiert. Sie wissen genau wie wir, Herr Berger, dass das Ergebnis zweier Expertenanhörungen sehr deutlich war, sich auf ein Kooperationsmodell zwischen den Universitäten Bochum und Bielefeld sowie den Kliniken in Ostwestfalen zu einigen. Das war die über-

wiegende Meinung der Mehrheit der Vertreterinnen und Vertreter in dieser Anhörung. Dieses haben wir dann organisatorisch und finanziell auf den Weg gebracht. Damit werden kostengünstig und schon in wenigen Jahren zusätzliche Medizinerinnen und Mediziner auf qualitativ hohem Niveau für OstWestfalenLippe ausgebildet.

Die von Ihnen geforderte Einrichtung einer eigenständigen Medizinischen Fakultät würde alleine 140 Millionen € Baukosten und jährliche Mehrausgaben von 45 Millionen € verursachen.

(Zuruf von der CDU)

Mit Ihrem Gegenfinanzierungsvorschlag, die Mittel für das Forschungsprogramm – das ist der größte Witz – „Fortschritt NRW“ zu kürzen, könnten Sie nicht einmal eine halbe Medizinische Fakultät betreiben, geschweige denn bauen. Soweit die Seriosität Ihrer Haushaltsanträge.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Die Begründung für die Streichung der Mittel für die Initiative „Fortschritt NRW“ ist ohnehin haarsträubend. Bei aller Wertschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP: Wer heute noch nicht weiß, vor welchen großen gesellschaftlichen Herausforderungen wir unsere politischen Konzepte entwerfen müssen, der gehört einer politischen Generation von vorgestern an. Mit den Mitteln aus „Fortschritt NRW“ werden sowohl Projekte als auch Strukturen der Forschung für Nachhaltigkeit gefördert. Es handelt sich um eine Förderplattform, die im Übrigen die Voraussetzungen schafft, an den aktuell in die gleiche Richtung weisenden Förderprogrammen des Bundes und der EU zu partizipieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den Konzepten von vorgestern können eben nicht die Probleme von morgen gelöst werden. Während Herr Pinkwart zu Ihrer Regierungszeit noch die vierte Generation des Hochtemperaturreaktors erforschen wollte, stellen wir uns den Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende.

Wir wissen auch, dass ökologische, ökonomische und soziale Innovationen zusammengedacht werden müssen, wenn es um einen qualitativ ausgerichteten Fortschrittsbegriff geht. Ein besonderer Schwerpunkt von „Fortschritt NRW“ liegt deshalb auf umsetzungsorientierten, auf technische und soziale Systeminnovationen ausgerichteten Forschungsvorhaben.

Lieber Herr Berger, Ihre Anträge zum Haushalt 2013 sind weder ein seriöser Beitrag zur Einlösung der Schuldenbremse noch tragen sie auch nur ansatzweise dazu bei, die Hochschulen bei der Bewältigung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben zu unterstützen.

Der Mittelaufwuchs im Wissenschaftshaushalt beträgt 6,5 % gegenüber dem Vorjahr. Das zeigt, Wissenschaft und Forschung genießen im Landes-

haushalt oberste Priorität. Der weitaus überwiegende Teil dieser zusätzlichen Mittel dient der Stärkung von Studium und Lehre an den Hochschulen sowie deren Sanierung und Ausbau.

Wenn uns die Hochschulen jetzt sagen – das war die große Herausforderung in 2013 –, dass sie den doppelten Abiturjahrgang hervorragend bewältigt haben, so ist das für uns ein sehr schönes Signal und eine Bestätigung dafür, dass wir die Haushaltsmittel im Sinne der jungen Menschen, die in diesen Jahren an unseren Hochschulen einen Studienplatz gefunden haben, zielgerichtet eingesetzt haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Herr Berger, ich muss Ihnen wirklich danken. Sie haben uns gerade einen detaillierten Einblick in ihr intellektuelles und rhetorisches Waffenarsenal geliefert. Bei „Planwirtschaft“ wird mir angst und bange. Haben Sie eigentlich einmal ein Unternehmen gefragt, ob die nicht vielleicht einen Plan haben? So schlecht sind Pläne an der Stelle nicht.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Die Union belegt wieder einmal eindrucksvoll, dass sie offensichtlich keine eigenen Ideen außer den rekurrierenden Studiengebühren zum Einzelplan 06 entwickeln möchte. Ich möchte daher vorschlagen, zur Abwechslung einmal eine seriöse Analyse dieses Einzelplans vorzunehmen.

Wenn man die nackten Zahlen betrachtet, könnte man zu der Annahme kommen, dass die rot-grüne Landesregierung ihre Hausaufgaben gemacht hat. Eine Steigerung des Hochschulstats um 6,5 % gegenüber dem Vorjahr lässt diese Vermutung zu. Aber mit Molière lässt sich auch sagen: „Wie leicht doch bildet man sich eine falsche Meinung gebildet vom Glanz der äußeren Erscheinung.“

So ist das mit Statistik. Denn in der Aufbereitung der Zahlen kann auch festgehalten werden, dass die Ausgaben bereinigt nach Durchlaufposten wie den BAföG-Geldern oder den Programmmitteln eher stagnieren, teilweise sogar zurückgehen.

Mit dieser Bewertung befinden wir Piraten uns übrigens in prominenter Gesellschaft. Prof. Sternberg von der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen stellte fest, dass die Budgets der Hochschulen bereinigt um Hochschulpakt- und Qualitätsverbesserungsmittel in den letzten Jahren stagnierten oder sogar gesunken sind, die Hochschulen auf

der anderen Seite aber immer neue Aufgaben wahrnehmen sollen.

Das lässt bei uns die Alarmglocken klingeln und zeigt nur, dass sich nicht wirklich viel an der chronischen Unterfinanzierung der nordrhein-westfälischen Hochschulen geändert hat.

Das von Ihnen vorgelegte Zahlenwerk ist jedes Jahr ein Dokument dieser Unterfinanzierung. Mit der von Jahr zu Jahr steigenden Auslastung wird es an den Hochschulen immer enger. Das hat eine klare Qualitätsverschlechterung zur Folge; denn Geld ist nicht immer gleich Geld. Wir müssen zwischen Grundfinanzierung und Programmmitteln unterscheiden. Die Probleme der Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs sind noch längst nicht ausgestanden, wie die Studierendenzahlen zum neuen Semester derzeit belegen.

Globalhaushalte sind für die Hochschulsteuerung der einzelnen Hochschulen ein Segen. Sie erlauben eine kreative Verwaltung des Mangels durch Umschichtung in den Haushaltstiteln sowie zwischen den Fakultäten. Ist es das, was den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen weiter nach vorne bringt? Daran haben wir unsere berechtigten Zweifel; denn gerade das Prinzip der Globalhaushalte hat mittlerweile eine sich verstetigende Kultur der Intransparenz zur Folge. So ist es erklärlich, dass sich in der Anhörung zu unserem Antrag zur Hochschulfinanztransparenz Experten verwundert die Augen rieben, wie wenig über die Mittelverwendung im Haushalt zu finden ist. Besonders die Aussage von Herrn Dr. Nonne aus Marburg ist weit mehr als bloß ein Indiz für die fehlende Transparenz.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Dr. Paul, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schultheis zulassen?

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Ja, bitte.

Karl Schultheis (SPD): Herr Kollege Dr. Paul, Sie erwähnten Ihr Gespräch mit Herrn Prof. Sternberg. Ich habe dazu Informationsbedarf. Hat er Ihnen gegenüber die Forderung aufgestellt, die Globalhaushalte abzuschaffen?

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Nein, diese Forderung hat er nicht aufgestellt. Aber wir dürfen aus seiner Aussage ja unsere Schlüsse ziehen.

Besonders die Aussage von Herrn Dr. Nonne aus Marburg ist weit mehr. Er konstatierte, dass ihm als Außenstehendem bei einem Blick in den nordrhein-westfälischen Haushalt die Kinnlade vor Überraschung darüber herunterfällt, wie wenig Informationen über die Hochschulfinanzierung im Haushaltsplan zu finden sind. Herr Präsident, ich gebe einen O-Ton aus der Anhörung wieder:

Man liest einen blanken Betrag. Aber wie diese Beträge zustande kommen, können Sie im Haushalt überhaupt nicht erkennen.

Und über solche Haushalte sollen wir hier entscheiden? Nicht ausreichende Mittel ziehen sich wie ein roter Faden durch diesen Haushalt.

Auch bei der leistungsorientierten Mittelvergabe weht uns ein eisiger Wind entgegen. So fordern die Fachhochschulrektoren für 2014 und 2015 ein Aussetzen dieser leistungsorientierten Mittelvergabe, um eine neue adäquate Hochschulfinanzierung zu schaffen. In dieses Bild passt auch das, was das von Ihnen, Herr Berger, so geschätzte Centrum für Hochschulentwicklung in seinem aktuellen Arbeitspapier Nr. 173 die Hochschulleitungen gefragt hat, nämlich welche Mechanismen der Projektgestaltung sie für zielführend halten. Bei einer möglichen Mehrfachnennung haben nur 20 % der Befragten finanzielle Anreizsysteme und leistungsorientierte Mittelvergabe als gutes Führungselement genannt. Leistungsmessung und Leistungsvergleiche sind gar nur von 16 % genannt worden.

Aber die Landesregierung bemüht sich, die Finanzierung anzugehen, Frau Ministerin Schulze. Das muss durchaus anerkannt werden. Nach unserer Auffassung bleiben Sie aber auf halber Strecke stehen. So sind zum Beispiel auch die 20 Millionen € für gestiegene Energiekosten im Grunde genommen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sicherlich können Sie nicht alle Versäumnisse der letzten Jahrzehnte aufarbeiten, Frau Ministerin. Aber ein wirkliches Bekämpfen dieser strukturellen Unterfinanzierung ist ebenfalls nicht erkennbar.

Wir erfahren aus dem gerade veröffentlichten Koalitionsvertrag, dass auch die Grundfinanzierung der Universitäten in Deutschland eine Rolle spielen soll. Bei den insgesamt entstehenden Mehrkosten in Höhe von 20 Milliarden € ist die Finanzierung noch nicht klar. Wir müssen uns wirklich fragen, wie da etwas umgesetzt werden kann.

Frau Ministerin Schulze hat in der mündlichen Vorstellung des Einzelplans 06 Folgendes gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Der Entwurf des Einzelplans für das Haushaltsjahr 2014 beweist, dass wir es mit unserem Versprechen, beste Bildung für alle zu garantieren, wirklich ernst meinen. Es fließen zusätzliche Mittel in die Verbesserung der Studienbedingungen und in ein gerechtes Bildungssystem.“

Das können wir anhand der Zahlen allerdings nicht feststellen. Wenn man die Zahlen um die vertraglichen Bund-Länder-Mittel bereinigt, dann stagniert die Hochschulfinanzierung seit Jahren. Ich hatte es schon gesagt. Durch Elemente wie die leistungsorientierte Mittelvergabe wird die Bilanz im Grunde genommen noch schlechter. Frau Schulze sagte weiter:

„Die Entwicklung des Einzelplans 06 seit 2010 zeigt, die Investitionen in Bildung, Forschung und Lehre liegen mit dem Haushaltsentwurf 2014 um 36 % über dem Niveau von 2010. Wir haben also eindeutig einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik eingeleitet.“

Für uns bleibt die Frage bestehen, ob Paradigmenwechsel tatsächlich in Prozent zu messen sind. Was das genau sein soll, konnten Sie im Ausschuss nicht wirklich beantworten. Ein bloßer Verzicht auf Studiengebühren – das war Ihr Hinweis – reicht nach unserer Auffassung nicht. Vielleicht können Sie heute mit neuen Erkenntnissen Licht in die Begrifflichkeit des Paradigmenwechsels bringen. Diese Wahrnehmung bei einer fehlenden Grundfinanzierung der Hochschulen im Umfang von ca. 800 Millionen € nur in Nordrhein-Westfalen würden wir gerne erklärt bekommen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schulze.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Englischen sagt man: Money talks. – Das könnte man eigentlich auch auf den Einzelplan 06 übertragen. Dieser Einzelplan spricht eine deutliche Sprache. Bildung hat klare Priorität für diese Landesregierung. Wir haben angekündigt, in die Zukunft unseres Landes zu investieren. Hier können Sie auch in nackten Zahlen sehen, was das heißt. Mehr als 7,9 Milliarden € stehen jetzt zur Verfügung.

Sie können natürlich als Opposition sagen, wenn man alles herausrechnet, was jetzt zusätzlich in den Haushalt fließt, dann reicht es für die zusätzlichen Aufgaben nicht aus. – Ja, natürlich. Es gibt schließlich deshalb zusätzliches Geld, weil es zusätzliche Aufgaben gibt. Dieses Plus von 36 % seit dem Jahr 2010 können Sie nicht einfach herunterrechnen. Es ist nüchtern betrachtet so, dass innerhalb des Haushalts ein klares politisches Signal gesetzt wird.

Ja, wir haben im Augenblick mit den Folgen des doppelten Abiturjahrgangs umzugehen. Wir haben fast 10 % Studierende mehr. Aber eines sollten Sie hier im Parlament nicht tun – das ist meine große Bitte an alle –: Bitte reden Sie die Leistungen der Hochschulen nicht herunter.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das hat niemand getan!)

Es reicht nicht, wenn wir den Hochschulen Geld geben. Dort wird eine enorme Leistung erbracht. Darauf müssen wir hier in Nordrhein-Westfalen stolz

sein und dürfen nicht sagen, das ist alles locker mal eben gemacht. Nein, das ist eine klare Leistung der Hochschulen. Die kann man hier im Parlament auch nicht kleinreden.

Ja, es gibt jetzt einen Unterschied zwischen CDU und FDP sowie SPD und Grünen. 2011 mussten wir Geld zurückzahlen, weil wir als Land Nordrhein-Westfalen die geforderten Studienanfängerzahlen in den Jahren zuvor, in den Jahren von CDU und FDP, nicht erreicht haben. 67 Millionen hat der Bund zurückgefordert. Nach der Haushaltsordnung mussten wir den Landesteil dann auch kürzen: 134 Millionen weniger! Diesen schwarz-gelben Spuk, den haben wir beendet! Und das ist der deutliche Unterschied zwischen der heutigen Regierung und der Vorregierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, uns würde schon fast was fehlen, wenn wir in einer solchen Debatte nicht über Studiengebühren reden würden. Das ist ein wunderbares Ritual. Ich will das gerne auch heute wieder aufgreifen.

Ja, die Studiengebühren sind abgeschafft. Das ist übrigens auch gut so.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Schon unter meinem Vorgänger wurden aus Studiengebühren nicht zusätzliche Studienplätze finanziert. Wenn Sie Gebühren in dieser Größenordnung nehmen würden, dann wären Sie bei den Verhältnissen von Großbritannien, wo der Staat sich aus der Bildungspolitik inzwischen komplett verabschiedet hat. Das können Sie doch nicht ernsthaft wollen. Studiengebühren waren eigentlich immer, auch in Ihrer Zeit, zusätzliche Mittel für die Verbesserung der Lehre. Diese zusätzlichen Mittel gibt es auch heute. Die Hochschulen hatten noch nie so viel Geld zur Verfügung wie heute.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Eines wundert mich aber wirklich – Herr Berger, das müssen Sie mir irgendwann in einer ruhigen Stunde noch mal erklären –: Ihr Vorschlag, die Forschungsmittel zu kürzen! Wir haben 728 Millionen im Haushalt stehen. Wir sind ein Industrieland. Wir wollen auch ein Industrieland bleiben. Wir sind auch deshalb so gut, weil wir Innovationen nach vorne bringen. Wir können nicht billiger produzieren als andere. Wir können immer nur besser sein. Viele dieser Innovationen kommen doch aus der Forschung, kommen doch aus der dichtesten Bildungs- und Forschungslandschaft Europas. Dass Sie ausgerechnet in diesem Bereich kürzen wollen, das verstehe ich einfach nicht und das werde ich wahrscheinlich auch nicht mehr verstehen.

Herr Berger, Sie haben ja einen netten Exkurs zu unserem neuen Hochschulzukunftsgesetz gemacht.

Vielleicht sollten Sie sich dazu einmal mit Ihren Kolleginnen und Kollegen von der FDP zusammensetzen. Ich lese Ihnen jetzt mal vor, was im aktuellen Gesetz, dem sogenannten Hochschulfreiheitsgesetz, steht, und zwar in § 6. Den zitiere ich Ihnen sehr gerne. Dort steht:

„Zur Steuerung des Hochschulwesens entwickelt das Land strategische Ziele und kommt damit seiner Verantwortung für ein angemessenes Angebot an Hochschulleistungen nach. Auf der Grundlage dieser strategischen Ziele werden die hochschulübergreifenden Aufgabenverteilungen und Schwerpunktsetzungen und die hochschulindividuelle Profilbildung abgestimmt.“

Wenn Sie das jetzt als Planwirtschaft bezeichnen, dann sollten Sie sich vielleicht einmal mit den Kolleginnen und Kollegen der FDP auseinandersetzen. Das ist geltendes Recht! Das Einzige, was wir jetzt endlich tun, ist doch, zu sagen, wie man das umsetzt. Wir machen einen Landeshochschulentwicklungsplan. Wir werden den dann mit den Hochschulen in einzelne Pläne umsetzen. Das als Planwirtschaft zu bezeichnen, nach dem, was im aktuellen Gesetz steht, ist schon sehr amüsant. Vielleicht sollten Sie da mal ein bisschen von Ihrer Vergangenheit aufbereiten.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Berger zulassen?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Ja, natürlich gern, Herr Berger.

Dr. Stefan Berger (CDU): Frau Schulze, vielen Dank, dass Sie mir Gelegenheit zu einer Zwischenfrage geben.

Sie haben gerade aus dem aktuellen Hochschulfreiheitsgesetz zitiert. Sie haben die Möglichkeiten des Landes zur Planung korrekt dargestellt. Sie wissen aber, dass die Umsetzung der Planung des Landes durch Vereinbarungen mit den Universitäten stattfindet. Nach Ihrem neuen Entwurf ist es jedoch so, dass die Hochschulpläne des Landes von den Universitäten übernommen werden müssen. Sollte das nicht korrespondieren, darf das Land die Planung für die einzelne Hochschule vornehmen.

Meinen Sie nicht, dass ein fundamentaler Unterschied existiert zwischen dem jetzt geltenden Instrument der Vereinbarung und dem geplanten Weg der Zwangsvorschreibung? Ist da nicht ein Unterschied?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, bitte schön.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Dr. Berger, ich würde einen Blick in das Gesetz empfehlen. Dort steht nichts von Vereinbarung. Dort steht: „Zur Steuerung des Hochschulwesens entwickelt das Land strategische Ziele ...“

Wir werden das anders machen. Wir wollen strategische Ziele mit dem Landtag gemeinsam abstimmen, das Parlament daran beteiligen und dann Hochschulverträge mit den einzelnen Hochschulen abschließen. Aber natürlich werden diese Verträge, wie der Name schon sagt, miteinander vereinbart. Ihr aktuelles Gesetz sieht vor, dass man den Hochschulen einfach mal eben die Mittel streicht und einen Haushaltskommissar einsetzt. Das ist nicht unser Vorgehen. Wir werden dort zu gemeinsamen Verträgen und zu einer verlässlichen Zusammenarbeit kommen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, fast 8 Milliarden € für den Einzelplan 06, das ist wirklich viel Geld. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir mit ihrem Steuergeld verantwortungsvoll umgehen. Auch und gerade deshalb wollen wir im neuen Hochschulzukunftsgesetz mehr Transparenz und mehr Abstimmung zwischen den Hochschulen und dem Land schaffen. Beides zusammen, die ambitionierten Ziele im Einzelplan 06 und das Hochschulzukunftsgesetz, sichern die Zukunft von Bildung und Forschung in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4406, den Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen?

(Zurufe)

– Damit ist der **Einzelplan 06** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piratenfraktion **angenommen**.

Wir kommen nun zu:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

In Verbindung mit:

Schulsozialarbeit in NRW sicherstellen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4384

Ich gebe den Hinweis auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zum Einzelplan 11, Drucksache 18/4411.

Wir kommen zunächst zum

Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Kerkhoff das Wort.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die geringere wirtschaftliche Dynamik von Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt wieder. Die Zahl der Erwerbslosen ist höher, und die Integrationserfolge gerade bei den Langzeitarbeitslosen sind geringer als in anderen Bundesländern.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Weder diese Landesregierung noch Sie persönlich als Minister sind dafür allein verantwortlich.

(Minister Guntram Schneider: Da bin ich ja froh!)

Aber – und da sind Sie schon in der Verantwortung – Sie haben die Aufgabe, Lösungen und Perspektiven für diese unbefriedigende Situation zu finden.

(Unruhe)

Aber, meine Damen und Herren, das funktioniert nur, wenn eine Regierung einen Plan hat, mit einer Stimme spricht und die gleichen Botschaften vertritt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Kerkhoff, ich bitte einen Moment um Aufmerksamkeit. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben gerade den einen Wechsel zu dem Einzelplan 11 vorgenommen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die Gespräche führen, diese außerhalb des Plenarsaals fortzusetzen, damit der Abgeordnete Kerkhoff in Ruhe seine Rede halten kann.

(Beifall von der CDU, der FDP, den PIRATEN und Günter Garbrecht [SPD])

Matthias Kerkhoff (CDU): Wenn der Wirtschaftsminister eingesteht, dass er eigentlich nur rhetorisch wirken könne, den Wirtschaftsstandort NRW mit all